

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 3 (1923-1924)
Heft: 9

Artikel: Aus der Vorgeschichte des Beitritts der Schweiz zum Versailler Völkerbund
Autor: Kyburg, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-155067>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus der Vorgeschichte des Beitritts der Schweiz zum Versailler Völkerbund.

Von Martin Ryburg.

Was für den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund ausschlaggebend gewesen ist, war die Haltung des Bundesrates. Bei seinen Mitgliedern müssen wir also die Wirkung festzustellen suchen, die ihr eigenes Denken, sowie der Einfluß von außen, sei er nun schweizerischen oder ausländischen Ursprungs, auszuüben vermochte.

Während des Krieges und nach dem Waffenstillstand bis zur Ankunft Wilsons in Europa rief die Idee des Völkerbundes bei uns gar keinen Meinungsverschiedenheiten. Sie war populär hier wie bei den andern Neutralen und den kriegführenden Völkern selbst. Ihre einzigen Gegner waren in den letztgenannten Staaten die extrem nationalistischen Parteien, dann die meisten militärischen Führer und alle kriegführenden Regierungen — ausgenommen die Vereinigten Staaten, Hauptverbreiter der Idee, und bis zu einem gewissen Grade, wenigstens der Form nach, die Regierung Englands.

Darum konnte sich der neugewählte Bundespräsident Ador kurz nach der Eröffnung des interalliierten Kongresses nach Paris begeben und dort den Wunsch der Schweiz kund tun, in den Völkerbund einzutreten. Er war überzeugt, dadurch einem allgemeinen Verlangen seiner Miteidgenossen nachzukommen. Im übrigen dachte schon damals, als man noch an einen allgemeinen und entmilitarisierten, Gewalt durch Recht ersetzenden Völkerbund glauben konnte, der Bundesrat nicht daran, unsere politische, d. h. militärische Neutralität preiszugeben. Und da andererseits eine derartige Neutralität auf das erste Zusehen hin mit einem Völkerbund unvereinbar schien, mußten beizeiten Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden, um die Mächte an diese Sonderbarkeit zu gewöhnen. So wurde denn schon dieses erste Begehren von einer Reserve begleitet, die unsere militärische Neutralität betraf. Clemenceau selbst gab Herrn Ador die mündliche Zusicherung, daß diese Reserve nicht auf Schwierigkeiten stoßen werde.

Aber während des Pariser Kongresses gelang es dem offiziellen Frankreich, das über Wilsons Entwurf, solange er allgemeinen Völkerverbrüderungsbestrebungen huldigte, nur gespöttelt hatte, gelang es diesem Frankreich, mit der Hilfe Englands ohne Mühe in den Vertrag seine Projekte einer militärischen, gegen Deutschland gerichteten Allianz hineinzubringen; und am 15. Februar 1919 erschien der Text des Paktes ungefähr in der Form, in der er später angenommen wurde.

Groß war die Enttäuschung in der ganzen Welt. Die Sozialisten aller Färbungen, bis dahin eifrigste Parteigänger der neuen Körper-

schaft, sagten sich von dem Entwurf los. Jouhaux selbst, der Sekretär des allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes, der einige Wochen früher mit Merrheim (Metallarbeiterverband) am internationalen Gewerkschaftskongreß in Bern einem Antrag zugunsten des Völkerbunds Annahme verschafft hatte, gibt die Erklärung ab, daß die Arbeiterschaft einem solchen Völkerbund nicht werde zustimmen können („Bataille syndicaliste“ vom 16. Februar). Die Unzufriedenheit tröpfelte sogar bis in die welschen Kreise, die der französischen Politik am ergebensten gefolgt waren. Das „Journal de Genève“ vom 16. Februar vergleicht den Pakt mit der Heiligen Allianz von 1815 und findet, die Schweiz könne sich nicht daran beteiligen.

Wir sehen also in diesem Augenblick die Schweiz beinahe wieder in Einigkeit verbunden, und zwar diesmal gegen den Völkerbund.

Aber diese Quasi-Einstimmigkeit dauerte nicht lange. Nachdem die Wilson'sche Schöpfung beweint und anständig begraben worden, kam die welsche öffentliche Meinung, geführt von ihrer Presse, ohne Zaudern auf ihren Lieblingsgedanken zurück: nämlich Frankreichs Triumph dauernd zu befestigen, und Deutschland in einen ebenso dauernden Zustand der Erniedrigung, der Schwäche, der Abhängigkeit und Verachtung versetzt zu sehen. Der Pakt, welcher Deutschland von Anfang an ausschloß und es dadurch als Nation in den Bann erklärte, welcher gegen das deutsche Reich einen sozusagen universellen militärischen Apparat aufstellte, entsprach den innigsten Wünschen weiter Kreise der welschschweizerischen Bevölkerung. Und was die Elite anbetraf, die kleine Minderheit, die trotz ihrer offenkundigen Entente-freundlichkeit fortfuhr, die Grundschäden des Paktes — verfehlter Weltaufbau, versprochene und nicht gehaltene Abrüstung, ungenügende Friedensgarantien — aufzuzeigen, so beruhigte sie sich bei dem Gedanken, daß ja Wilson einverstanden sei, Amerika auch, und daß der einmal konstituierte Verband immer verbessert werden könne.

Zu dieser letztern Ansicht neigten alsbald die drei welschen Bundesräte. Die Hoffnungen auf Verbesserung des Paktes wurden noch dazu bei ihnen genährt durch die Ausarbeitung des Völkerbundsentwurfs, ein Werk der Juristen in der Umgebung Calonders, damals Leiter unserer äußeren Angelegenheiten. Ein Entwurf, der 14 Tage vor der Enthüllung des Pariser Paktes beendet worden war und 5 Tage vor dieser Enthüllung den Gegenstand eines bundesrätlichen Berichtes gebildet hatte.

Neu belebt wurden diese Hoffnungen dann ganz besonders durch die Nachricht, daß die Neutralen nach Paris zusammenberufen seien, um ihre Wünsche bei der Kommission des Kongresses anzubringen, die sich mit dem Völkerbund befaßte. Die Herren Calonder, Frey, May Huber und William Rappard begaben sich nach Paris. Diese Abreise schon genügte, um dem „Journal de Genève“ (19. März) eine Umekehr zu gestatten, indem es die Anschuldigungen der ersten Stunde zurückzog und erklärte, in seinen Augen höre der Pakt nun auf, eine Heilige Allianz zu sein.

Die Windrichtung war entschieden, und sie änderte auch dann nicht, als die schweizerischen Vorschläge — wie diejenigen der andern Neutralen — an der Konferenz Schiffbruch erlitten. Inmitten des internationalen Trubels im damaligen Paris, wo die Weltmächten mit ihren Interessen, ihrem Appetit und ihrem grenzenlosen Ehrgeiz aneinander gerieten, kamen sich unsere Delegierten recht klein und verloren, recht unbedeutend vor. Zu diesem niederdrückenden Gefühl kam noch plötzlich die Aussicht auf ein Tête à Tête mit Frankreich, das seine Absicht ankündigte, direkt mit der Schweiz über die Zonenfrage und die Neutralität Savoyens verhandeln zu wollen. Eine drohende Gefahr, die mit der französischen Note vom 26. April Wirklichkeit werden sollte. Und da hätte man hingehen und die Herren der Welt mit Ratschlägen beglücken sollen? Wie froh war man, wenn es einem nur gelang, wieder heil und ganz aus diesem allgemeinen Schmelzofen herauszukommen. Schweizerische Politik treiben hieß also von da an nur, darnach trachten, seine jahrhundertalte Stellung zu wahren, sei es auch um den Preis unvermeidlicher Opfer. Die Verhandlungen, die Bundesrat Ador zwei Monate vorher über diesen Punkt eingeleitet hatte, wurden daher wieder aufgenommen, und man erhielt dieselben mündlichen Zusicherungen. Immerhin mußte die Lage nicht sehr klar gewesen sein, denn aus der Antwort Calonders auf eine Interpellation Winiger-Böhi (13. Juni 1919) geht hervor, daß eine militärische Mission nach Paris geschickt werden mußte, um diese Neutralität zu erhalten.

Noch hatte aber diese Zustimmung zu unserem Standpunkte keine schriftliche Form angenommen.

Nichtsdestoweniger glaubte unsere Regierung, nachdem sie in die Preisgabe der Neutralität Savoyens und in eine damals geringfügig eingeschätzte Änderung im Zonen-Regime eingewilligt hatte, daß von der neuen Einrichtung sicher nichts zu befürchten sei. Sie begann sie also nach Kräften zu empfehlen; es wurde das berühmte Bureau gegründet, dem Herr Logoz vorstand und das den Auftrag hatte, eine seit Bekanntwerden des Versailler Vertrags meist noch feindlich gesinnte Presse zu bearbeiten. Seine Aufgabe wurde ihm durch die Wahl Genfs zum Sitz des Bundes wesentlich erleichtert. Daraufhin Gründung (auf seine Anregung hin?) einer Liga mit der angeblichen Bestimmung, „das Volk über das Für und Wider aufzuklären“, in Wirklichkeit aber einzig, um in deutschschweizerischen Kreisen für die Annahme zu werben. Und schließlich Feldzug der Reden und Vorträge, der fast ohne Unterbruch ein Jahr lang bis zur Volksabstimmung dauerte.

Die Haltung unserer Bundesräte war bei allen dieselbe, mochten auch die geheimen Triebkräfte ganz verschiedene sein. Trotz ihrer Mißerfolge und Verwarnungen in Paris blieben die drei welschen Mitglieder bei ihrem unerschütterlichen Vertrauen in die Entente, deren hohes Wohlwollen noch durch die Wahl des Sitzes bestätigt worden war. Sie wurden in ihrem Vertrauen bestärkt durch den mächtigen Druck, den ihre Heimatkantone ausübten; diese sahen in dem Beitritt der Schweiz zum Versailler Bund — für sie eine vornehmlich französische

Schöpfung — eine Teilnahme am Sieg und eine Art Mithilfe an der Ausführung des Versailler Vertrags. Wie Herr Calonder, so hatten auch jene Bundesräte das angenehme Gefühl, zu den allein wahren Führern des Schweizervolkes zu gehören, kraft des Vertrauens, dessen sie sich bei den Herren der Stunde erfreuten. Man war nicht unempfindlich gegen gewisse Schmeicheleien, welche die Diplomatie recht freiwillig austeilte, besonders an diejenigen, deren sie sich zu bedienen hoffte.

Herr Calonder schwamm, wie gesagt, ungefähr im gleichen Fahrwasser, schon seiner Reisen nach Paris wegen, und dann auch auf das flehentliche Bitten seiner welschen Brüder. Außerdem hieß ihn seine etwas doktrinäre Juristen-Umgebung den Völkerbund für sich und als internationales Rechtsprinzip betrachten. Es fehlte ihm an der notwendigen Gesichtswerte oder eher an genügend politischem Spürsinn, um die Richtung zu erkennen, in der der Wind aus Versailles blies. Er beurteilte die Dinge viel zu sehr als guter, ehrlicher Bündner.

Was die drei Vertreter der eigentlich deutschschweizerischen Minorität anbetraf, so hatten sie eben das einschüchternde Gefühl, zur Minorität zu gehören, zudem waren zwei von ihnen einem systematisch durchgeführten Kreuzfeuer von Seiten der welschen Presse ausgesetzt, das ihnen die Lust am Widerstehen verleiden mußte. Obgleich sie dem siegreichen Lager durchaus keine Sympathie entgegenbrachten und seine Machtpläne, die im Vertrag offensichtlich, im Pakt verschleiert zum Ausdruck kamen, mit gerechtem Mißtrauen fürchteten, so fürchteten sie noch mehr die Haltung dieses ganzen Lagers für den Fall, daß die Schweiz ihm mißfallen sollte. In dieser Schicksalsstunde gebrach es ihnen an Vertrauen in die Schweiz: sie glaubten sie nicht fähig, sich unangetastet und geachtet inmitten der Mächtigen zu halten, allein durch das Prestige einer stolz gehüteten Unabhängigkeit. Schlechte Kriegsgewohnheiten, fünf Jahre von Kompromissen nach Ost und West ließen eine derartige Wiederaufrichtung nicht zu.

Ganz besonders wollte es Herr Schulthess, der sich verantwortlich fühlte für das wirtschaftliche Dasein der Schweiz, nicht auf sich nehmen, daß die Schweiz von der Gemeinschaft der Nationen ausgeschlossen würde. Dieser Gedanke beherrschte ihn schon vom ersten Vortrag an, den er über den Völkerbund am 11. Juli in St. Gallen hielt, und ging auch aus Privatgesprächen hervor, die er mit Eintrittsgegnern gepflogen hatte.

So zogen sie denn alle am selben Strang: die einen aus Vertrauen in die Sieger und aus kaum bewußtem Solidaritätsgefühl mit ihnen, die andern im Gegenteil aus Mißtrauen und Furcht.

Aber in der deutschen Schweiz waren ganze Bevölkerungskreise zu überzeugen, die weniger an diese Gefahren glaubten und deren Sympathien oder Antipathien, verstärkt durch die Waffenstillstandsbedingungen und den Wortlaut des Paktes, unvermeidlich zu einem Nein führen mußten. Im Parlament selbst war dies die landläufige Stellungnahme. Diesen Leuten also galt es etwas die Brille zu verbessern. Die

Zeiten waren vorbei, in denen die durch den „Temps“ (23. März 1919) befragten Bundesräte Ador und Motta einen Völkerbund begrüßten, „der alle Völker der Erde in sich einschließt“. Man hatte schon längst den deutschen Ballast über Bord geworfen. Aber man fuhr fort, die öffentliche Meinung mit unbestimmten Gerüchten über Deutschlands baldigen Eintritt einzulullen. Auf diese Weise erhielt man am 2. Juni 1919 die Abstimmung der Expertenkommission, welche dem Rat den Weg zu weisen beauftragt war. Es wurde da ein Bericht der schweizerischen Gesandtschaft in Paris verlesen, der „die Möglichkeit eines baldigen Eintritts Deutschlands in den Völkerbund“ durchschimmern ließ. Der hohe Beamte des Quai d'Orsay, der lächelnd auf die naive Frage unseres Gesandten diese schöne Antwort gab, hatte es ganz einfach unterlassen, ihm zu sagen, unter welchen wirklichen Bedingungen Frankreich aufhören würde, dieser „Möglichkeit“ seine Veto entgegenzusetzen.

Ferner wurde, zwar nicht offiziell gesagt, wohl aber durch die einflußreiche Presse verbreitet (siehe im besonderen den „Bund“ vom 19. November 1919), daß die übereinstimmenden Wünsche der Schweiz und Vorarlbergs ganz anders in Erwägung gezogen würden, wenn wir einmal Mitglied des Völkerbunds wären.

Schwerwiegender und eindringlicher gestaltete sich die Frage des „amerikanischen Vorbehalts“. Konnte die Allgemeinheit der Staaten nicht erreicht werden, so verlangte das schweizerische Parlament zur Festigung seiner Überzeugung wenigstens, daß Amerika an der Spitze des Bundes bleibe, damit sein Geist dem Pakt etwas von seinem Nachkriegs-Stachel nehme. Wilson, so hieß das Minimum an Garantie. Diese Garantie wurde formell in die Beitrittserklärung vom 21. November 1919 eingetragen: „Der vorliegende Bundesbeschluß ist der Abstimmung des Volkes und der Stände zu unterbreiten, sobald die fünf Hauptmächte¹⁾ dem Völkerbund beigetreten sein werden.“

Doch, was geschah? In den Vereinigten Staaten schleppte sich das Verfahren schon seit so langem im Schneckenang dahin, daß man befürchten mußte, es würde noch Monate dauern. Und als nun die Schweiz in ihrem Memorandum vom 6. Dezember die alliierten Mächte von ihrem Beitritt benachrichtigte, der unter dem dreifachen Vorbehalt der militärischen Neutralität, des Eintritts Amerikas und der Annahme durch die Volksabstimmung geschehe, erwiderte der Oberste Rat trocken, daß die Zulassungsfrist zwei Monate betrage und nicht verlängert werden könne. Dazu wurde, sei es, daß man die mündlichen Verhandlungen vergessen hatte oder daß man den Absender des Memorandums einschüchtern und zum Verzicht auf seine neuen Ansprüche bewegen wollte, die militärische Neutralität von neuem in Frage gestellt (2. Januar 1920).

Man erinnere sich an die Bewegung, die sich damals der ganzen Schweiz, Bundesrat inbegriffen, bemächtigte, an die überstürzte Reise Adors nach Paris, Adors, der zwar dem Bundesrat nicht mehr an-

¹⁾ Frankreich, England, Italien, Japan, Ver. Staaten.

gehörte, aber seinerzeit die ersten Versprechungen entgegengenommen hatte und daher am besten geeignet schien, daran zu mahnen, umso mehr, als er — oder ist es nicht so? — der „Vertrauensmann“ ihrer Exzellenzen war. Man rufe sich die endgültige Antwort des Obersten Rates ins Gedächtnis zurück, der uns zum Völkerbundsrat nach London schickte, wo er eben seine 2. Session abhalten sollte. Ador nimmt das erste Schiff nach London, er eilt in den Rat, versichert seine gute Sache und ... siegt. Unsere militärische Neutralität ist endlich, und zwar schriftlich (13. Februar 1920), offiziell anerkannt, die Volksabstimmung wird zugelassen, sogar außerhalb der gesetzten Frist, wenn diese nur vom Parlament beobachtet wurde.

Der Streich war gelungen. Nachdem die Gefahr im wesentlichsten Punkt so groß gewesen war, zögerten wir nicht, für den Rest nachzugeben. Deshalb verließ der Bundesrat seine zweite Rückzugsstellung und berief die Bundesversammlung ein. Aber auch da, wie in der Geschichte mit Deutschlands Zulassung wagt er es nicht, das Hindernis offen zu nehmen, und noch einmal müssen die beruhigenden „Man sagt, daß...“ in Tätigkeit treten. „Übrigens lassen uns die letzten Informationen aus Amerika hoffen, daß die Vereinigten Staaten noch vor der schweizerischen Volksabstimmung ihren Beitritt erklärt haben werden,“ so schließt das Communiqué des Bundesrates vom 15. Februar.

Dies wird noch überboten im Vortrag von Herrn Motta, der mit der ganzen Autorität seiner Bundespräsidentschaft am 25. Februar den Kommissionen versichert: „Unsere Informationen aus diplomatischer Quelle — immer noch? — veranlassen uns, zu glauben, daß die Vereinigten Staaten dem Völkerbund beitreten werden.“ Die überzeugten Kommissionen nehmen die Unterdrückung der amerikanischen Klausel an, was am 3. und 4. März von den Räten bestätigt wird. Drei Tage später wird der Beitritt der Schweiz in aller Form dem Völkerbundsrat angezeigt.

Neun Tage später verwirft der amerikanische Senat den Friedensvertrag, Völkerbundspakt inbegriffen.

Es berührt seltsam, daß dieses glatte Dementi der offiziellen Zusicherungen den schweizerischen Beitrittsgegnern gar keine Unterstützung gebracht zu haben scheint. Denn fünf Tage nach der amerikanischen Abstimmung erklären sich die Bauerndelegierten mit erdrückender Mehrheit für den Beitritt. Die Parole war von nun an auf Eintritt gestellt, koste es was es wolle.

Was die bundesrätlichen Redner anbetrifft, so verschwindet nun Amerika vollständig aus ihren Reden, aber der Bundespräsident ersetzt es vorteilhaft: für die Katholiken durch eine päpstliche Botschaft, und für alle Deutschschweizer durch eine Aufmunterung des ... deutschen Gesandten, „ja“ zu stimmen. Eine recht plötzliche Befehrung des Herrn Müller und eine etwas deplazierte Einmischung. Wahr ist, daß sein hoher Fragesteller sie im Laufe eines Privatgesprächs provoziert und dann die Erlaubnis erhalten hatte, diesen guten Rat zu veröffentlichen (Zuger Rede vom 9. Mai).

In den Augen Mottas war es entschieden das schwere Geschütz, das für den letzten Sturm bereit gehalten werden mußte. Tatsächlich stimmte am nächsten Sonntag das Schweizervolk so, wie es so sehr von ihm begehrt worden war.

Angeichts der Anwendung solcher Druckmittel, wie angeichts der niederschmetternden Enttäuschungen, die der Völkerbund seinen Befürwortern und deren Gläubigen bereitet hat, ist es nicht unangebracht, sich jene Stelle aus der 1. Beschlußnahme der Räte, derjenigen vom 21. November 1919, ins Gedächtnis zurückzurufen. Eine Stelle, die nie verkürzt worden ist und die lautet:

„Artikel 121 der Bundesverfassung betr. die Volksanregung (Initiative) ist auch für die Kündigung des Völkerbundsvertrags und den Rücktritt von diesem anwendbar.“

Der serbische Geheimbund „Einigung oder Tod“. Neues über den Mord von Serajewo.

Von Hermann Luß.

Als Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin am 28. Juni 1914 in der Hauptstadt Bosniens ermordet wurden, lief eine Welle des Entsetzens und der Empörung durch die Welt. Österreich-Ungarn benutzte die Tat, um mit Serbien abzurechnen. Und Deutschland gab seine Einwilligung dazu, im Glauben, der Konflikt werde sich lokalisieren lassen.

In der Donaumonarchie wurde allgemein Serbien für den Mord verantwortlich gemacht. Das Wiener Kabinett verstieg sich zwar nie zu der Behauptung, das Attentat sei von der serbischen Regierung angezettelt oder unterstützt worden, aber es erklärte, die serbische Regierung sei indirekt mitschuldig an dem Verbrechen. Diese Auffassung wurde auch in gewissen englischen Kreisen geteilt. Am entschiedensten vertrat sie Horatio Bottomley, der Herausgeber des Wochenblattes „John Bull“. Er veröffentlichte am 11. Juli 1914 einen Artikel „Der ermordete Erzherzog: Mitschuld der serbischen Regierung“. Der Artikel machte großes Aufsehen. Bottomley schrieb, die serbische Regierung habe vor etwa acht Monaten ihrer Londoner Gesandtschaft ein Geheimbureau angegliedert, und als die Gesandtschaft im April 1914 umgezogen sei, „beschloß man, eine erhebliche Anzahl von Dokumenten, deren Aufbewahrung unflug erschien, zu zerreißen und zu verbrennen.“ Ein Papier jedoch „von überaus belastender Art, das sich ... auf den geplanten Mord an „F. F.“ = Franz Ferdinand bezog,“ fiel in die Hände von „John Bull“. Die Wochenschrift brachte einen Abdruck davon. Es handelte sich um das Stück eines amtlichen Briefbogens der Gesandtschaft mit eingepreßter Adresse und dem Datum des 5. April (vermutlich alten Stils = 18. April). Auf ihm stand in der Privat-